Hilfe der USA wird Westdeutschland zum europäischen Hauptstützpunkt der NATO ausgebaut. Massenvernichtungswaffen in den Händen revanchelüsterer Hitlergenerale verschärfen die Lage und sind eine ernste Bedrohung der Sicherheit aller europäischen Völker.

Die Sicherung des Friedens ist zur großen nationalen Aufgabe des deutschen Volkes geworden. Das Streben des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung kann nur in Erfüllung gehen, indem auch in Westdeutschland friedliche und demokratische Bedingungen geschaffen werden. Die Bonner Regierung hat zugunsten der Mitgliedschaft in der NATO wesentliche Teile der Souveränität Westdeutschlands preisgegeben. Sie mißachtet die nationalen, das heißt die friedlichen Interessen des deutschen Volkes und läßt sich lediglich von den Wünschen der USA und von den Interessen westdeutscher Konzernherren und Militaristen leiten. Die nationale Sehnsucht des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung seiner Heimat kann nur in Erfüllung gehen, wenn es gelingt, die Militaristen in Westdeutschland zu bändigen. Die Atomaufrüstung, die von der Bonner Regierung betrieben wird, ist das Haupthindernis der Wiedervereinigung Deutschlands. Das deutsche Volk kann nicht unter der Bedrohung durch die Atombombe leben. Es will in Frieden leben.

Die Kommunistische Partei Bulgariens und die Regierung der Volksrepublik Bulgarien unterstreichen die bedeutende Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf gegen die vom deutschen Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr. Sie erklären, daß sie die Deutsche Demokratische Republik in diesem Kampf unterstützen und ihr insbesondere bei der Lösung ihrer ökonomischen Hauptaufgabe jede mögliche Hilfe erweisen werden. Sie bekunden gleichzeitig allen fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland Sympathie und Solidarität in ihrem Kampf um Frieden und Demokratie.

Beide Seiten begrüßen die in der Vollversammlung der UNO von der Sowjetunion unterbreiteten neuen Abrüstungsvorschläge als eine bedeutsame Initiative auf dem Wege zur Lösung des Abrüstungsproblems. Sie bekräftigen erneut ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der Sowjetregierung, einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten abzuschließen.

Die Verwirklichung solcher Vorschläge, die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Verringerung und Abzug der fremden Truppen aus den europäischen Ländern und Abschluß eines Nichtan-